

A1-146-2 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik (Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Thomas Wolff

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 145 bis 146 einfügen:

4. Grundeigentum über den Eigenbedarf hinaus muss angemessener besteuert werden als bislang.
4a. Die Vermögensumverteilung nach oben, die durch die steuerliche Privilegierung von Mietimmobilien entstanden ist, muss beendet werden. Darüber hinaus sollte auch die unangemessene Vermögensungleichverteilung, die auf dem Immobilienmarkt entstanden ist, soweit wie möglich zurückentwickelt werden, um die vielbeklagte „Schere zwischen arm und reich“ wieder schließen zu können. Das geht rechtlich nur auf dem Weg einer Vermögenssteuer. Diese sollte gezielt ungerechtfertigte Vermögensgewinne abschöpfen, und nicht pauschal als Neidsteuer postuliert werden, damit sie als gerechte Umverteilung gesellschaftlich akzeptiert werden kann. Daher sollte das Modell einer qualifizierten Vermögenssteuer in Betracht gezogen werden, die nur Vermögen belastet, dessen Erwerb noch nicht versteuert wurde (also z.B. Spekulationsgewinne, verjährte Steuerhinterziehungen, etc.) und somit Doppelbesteuerung vermeidet. Dieser Vermögenssteuer müssten nicht nur Personen unterliegen, sondern auch Immobilien, die sich im Auslandsbesitz befinden.

Begründung

Der Zusammenhang von Vermögenspolitik und Wohnungspolitik ist stark vernachlässigt.

Die Forderung wird mit einem innovativen Vermögenssteuer-Konzept verbunden.